



Auch der Bundesrat sprach sich dafür aus, dass in den Vorständen der Kassenärztlichen und Kassenzahnärztlichen Vereinigungen mindestens eine Frau vertreten sein soll.

Kommt die Frauenquote in der Selbstverwaltung?

KZBV spricht sich für eine Frau in den Vorständen aus

Die sogenannte Feminisierung der Medizin schreitet voran. Längst stellen Frauen die Mehrheit unter den Studierenden in den Fächern Human-, Zahn- und Tiermedizin. In wenigen Jahren dürften sie auch die Mehrheit in den Praxen übernehmen. Ganz anders sieht es dagegen in den Gremien der Selbstverwaltung aus. Die Bundes-KZV will das nun ändern – auch weil der Druck aus der Politik wächst.

43 Prozent der bayerischen Vertragszahnärzte waren 2020 Frauen. Spätestens 2025 werden die Männer in der Minderheit sein. Die Weichen dafür sind bereits gestellt. So waren im Wintersemester 2019/2020 zwei Drittel der Studierenden im Fach Zahnmedizin weiblich. Und laut einer apoBank-Erhebung haben sich zuletzt zum ersten Mal mehr Zahnärztinnen als Zahnärzte mit eigener Praxis niedergelassen. Doch wo sind die Frauen in der Landespolitik?

Zwar werden drei von acht zahnärztlichen Bezirksverbänden von Frauen geleitet, der weibliche Anteil in der Vollversammlung der BLZK sowie der Vertreterversammlung der KZVB ist aber gering.

Im Oktober 2020 hat die AG Frauenförderung der Bundes-KZV ein Gesamtkonzept zur Erhöhung des Frauenanteils in der Selbstverwaltung vorgelegt. „Nur eine Selbstverwaltung, in deren Gremien sich die Vielfalt der Mitglieder widerspie-



Foto: KZVB

BLZK und KZVB tun viel, um Frauen den Weg in die Landespolitik zu ebnen. Ein Beispiel dafür ist die Seminarreihe für den standespolitischen Nachwuchs. Unser Bild zeigt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei einer Tagung in Volkach.

gelt, kann den Anspruch erheben, für den gesamten Berufsstand zu sprechen“, heißt es in der Einleitung des Konzepts, das von Dr. Ute Maier, Leiterin der AG und zudem Vorstandsvorsitzende der KZV Baden-Württemberg, bei der Vertreterversammlung (VV) der Bundes-KZV im vergangenen Herbst vorgestellt wurde. Das Ziel: Im Vorstand jeder Länder-KZV sowie der Bundes-KZV soll ab der kommenden Legislaturperiode eine Frau vertreten sein. Nach der Verabschiedung durch die VV der KZBV ging das „Gesamtkonzept zur Erhöhung des Frauenanteils in den Gremien der vertragszahnärztlichen Selbstverwaltung“ weiter an diverse politische Entscheidungsträger.

Neben Familienfreundlichkeit setzen Maier und ihre Arbeitsgruppe auf Mentoring-Programme. Erfahrene Standespolitiker und -politikerinnen würden hier eine Art Vorbildfunktion wahrnehmen und könnten motivierend dazu beitragen, „dass Zahnärztinnen ihr Potenzial entwickeln und sich auf die unterschiedlichsten Aufgaben in der zahnärztlichen Selbstverwaltung vorbereiten.“

Dass dies alles beileibe kein speziell deutsches Anliegen ist, weiß auch Dr. Juliane von Hoyningen-Huene, Präsidentin der Women Dentists Worldwide bei der Fédération Dentaire Internationale (FDI). Eine weltweit angelegte Umfrage

soll mehr Klarheit über die berufliche Situation von Frauen in der Zahnmedizin bringen. „Es wird immer wieder behauptet, dass Frauen sich in der Standespolitik nicht einbringen möchten, dass sie sich nicht niederlassen oder nur bestimmte Fachgebiete wählen“, sagte sie in einem „ZM online“-Interview. Man wolle genauer wissen, wie Zahnärztinnen arbeiten und was sie sich wünschen und könne dabei auch von anderen Ländern mit einem hohen Frauenanteil lernen. Befragt nach ihrer Ansicht zur geforderten Frauenquote in Vorständen (Das Zweite Führungspositionen-Gesetz ist Anfang Januar 2021 vom Bundeskabinett beschlossen worden.): „Es gibt Länder, in denen Quoten nicht notwendig sind, wie zum Beispiel in Estland. In anderen Ländern funktionieren die Systeme generell anders, dort gibt es teilweise keine Pflichtmitgliedschaften in den Standesorganisationen.“ Quoten seien immer ein schwieriges Thema und die Tatsache, dass dies von oben auferlegt werden muss, sei ein Zeichen, dass in der standespolitischen Landschaft noch nicht angekommen ist, was in den Praxen Realität ist. „Wir sollten Politik authentisch machen für diejenigen, für die sie gedacht ist.“

Auch in Bayern steht man hinter der Forderung nach einer Erhöhung des

Bund, Länder und Kommunen müssen ihren Beitrag dazu leisten, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch für Zahnärztinnen und Zahnärzte möglich wird.

Christian Berger

Frauenanteils in der Selbstverwaltung. Der KZVB-Vorsitzende Christian Berger sieht darin aber auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. „Wenn Zahnärztinnen in München ein Kita-Platz für ihre Kinder verwehrt wird, weil sie angeblich zu den Besserverdienern gehören, ist das schlicht inakzeptabel. Bund, Länder und Kommunen müssen ihren Beitrag dazu leisten, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch für Zahnärztinnen und Zahnärzte möglich wird. Das ist eine fundamentale Voraussetzung dafür, dass Frauen in der Lage sind, sich neben der Arbeit in der Praxis auch noch standespolitisch zu engagieren“. BLZK und KZVB unternehmen viel, um Frauen den Weg in die Standespolitik zu ebnen. Netzwerken, Informations- und Fortbildungsveranstaltungen, eine Seminarreihe für den standespolitischen Nachwuchs, Coachings, die Berücksichtigung spezifischer Interessen von Zahnärztinnen – das findet in Bayern seit Langem statt.

Ingrid Scholz

Anzeige

F1 ARCUS
ERSTKLASSIG - DIGITAL



F1
DENTALSYSTEME

ENDLICH DA!
WIR KÖNNEN SERVICE!

www.f1-dentalsysteme.de

Zentrale Nord-West Tel.: (02261) 8074-00 | E-Mail: Info@f1-dentalsysteme.de
Zentrale Süd-Ost Tel.: (07231) 28018-0 | E-Mail: deutschland@f1-dentalsysteme.de